

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Jugendhilfeausschusses am 05.02.2015**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Festsaal
Marktplatz 2
06100 Halle (Saale)

Zeit: 17:00 Uhr bis 19:07 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Dr. med. Detlef Wend	Ausschussvorsitzender, SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Herr Tobias Kogge	Beratendes Mitglied Beigeordneter für Bildung und Soziales
Frau Katharina Brederlow	Beratendes Mitglied Fachbereichsleiterin FB Bildung
Herr Steffen Breuer	Beratendes Mitglied
Stellvertreter für Frau Greiner	Landesschulamt Halle
Frau Sabine Franz	Beratendes Mitglied
Stellvertreterin für Herrn Dr. Kluge	Evangelischer Kirchenkreis
Frau Gerda Mittag und	Beratendes Mitglied
Herr Kevin Klose	Kinder- und Jugendrat
Herr Rene Moses	Beratendes Mitglied Humanistischer Regionalverband
Frau Tatjana Privorozkaja	Beratendes Mitglied Jüdische Gemeinde zu Halle
Frau Petra Schneutzer	Beratendes Mitglied Beauftragte für Migration und Integration
Herr Lau	Beratendes Mitglied
Stellvertreter für Herrn Tilo Kurth	Arbeitsagentur Halle
Bruder Franz Leo Barden	Beratendes Mitglied
Stellvertreter für Frau Willers	Katholische Kirchen der Stadt Halle (S.)
Frau Beate Gellert	Stimmberechtigtes Mitglied Vertreterin der Freien Träger der Jugendhilfe
Frau Kerstin Köferstein	Stimmberechtigtes Mitglied Vertreterin der Freien Träger der Jugendhilfe
Herr Uwe Kramer	Stimmberechtigtes Mitglied Vertreter der Freien Träger der Jugendhilfe
Frau Sylvia Plättner	Stimmberechtigtes Mitglied Vertreter der Freien Träger der Jugendhilfe
Herr Jörg Rommelfanger	Stimmberechtigtes Mitglied Vertreter der Freien Träger der Jugendhilfe
Frau Helga Schubert	Stimmberechtigtes Mitglied Vertreterin der Freien Träger der Jugendhilfe
Frau Katja Raab	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Herr Andreas Schachtschneider	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Frau Heike Wießner	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Frau Ute Haupt	DIE LINKE/Die PARTEI Fraktion Halle (Saale)
Frau Josephine Jahn	DIE LINKE/Die PARTEI Fraktion Halle (Saale)
Herr Klaus Hopfgarten	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Frau Sabine Wolff	Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM

Entschuldigt fehlen:

Frau Dr. Inés Brock	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Herr Norbert Böhnke	Beratendes Mitglied
	Leiter des DLZ Familie
Herr Dr. Toralf Fischer	Beratendes Mitglied
	Behindertenbeauftragter
Herr Richter Bruno Glomski	Beratendes Mitglied
	Amtsgericht Halle
Herr Mirko Petrick	Beratendes Mitglied
	Kinder- und Jugendbeauftragter
Frau Anja Pohl	Beratendes Mitglied
	Stadtelternbeirat
Herr Hauke Riek	Beratendes Mitglied
	Polizeirevier Halle (Saale)
Frau Kathrin Sasse	Beratendes Mitglied
	Jobcenter Halle
Frau Susanne Wildner	Beratendes Mitglied
	Gleichstellungsbeauftragte
Frau Karin Greiner	Beratendes Mitglied
Herr Dr. Hendrik Kluge	beratendes Mitglied
	Landesschulamt
Frau Willers	Beratendes Mitglied
	Katholische Kirchen
Herr Tilo Kurth	Beratendes Mitglied
	Arbeitsagentur Halle (Saale)

zu Einwohnerfragestunde

Es gab keine Fragen von Einwohnern.

zu Kinder- und Jugendsprechstunde

Es gab keine Fragen von Kindern und Jugendlichen.

**zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung
und der Beschlussfähigkeit**

Herr Dr. Wend, Ausschussvorsitzender, eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Zu 2.1. Dringlichkeiten

Gemeinsamer Dringlichkeitsantrag der SPDFraktion Stadt Halle (Saale) und der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) zur Bereitstellung von Mitteln für zwei Sozialarbeiterstellen in der Silberhöhe

Vorlage: VI/2015/00567

Herr Dr. Wend stellte zur Tagesordnung fest, dass eine **Vertagung der TOP**

3.1. Genehmigung der Niederschrift vom 04.12.2014

3.2. Genehmigung der Niederschrift der Sondersitzung vom 18.12.2014
erfolgen muss, da diese aus technischen Gründen noch nicht vorliegen.

Des Weiteren sprach er an, dass ein gemeinsamer Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) und der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) zur Bereitstellung von Mitteln für zwei Sozialarbeiterstellen in der Silberhöhe (Vorlage: VI/2015/00576) vorliegt. Er erläuterte als Vertreter der mit Antrag stellenden SPD-Fraktion die Dringlichkeit der Aufnahme in die Tagesordnung auf Grund der sich verändernden Sozialstruktur im Sozialraum 2 und dem sich daraus dringend ergebenden Bedarf von 2 Sozialarbeiterstellen.

Frau Raab äußerte sich dahingehend, dass sie dies als stetigen Prozess ansieht, welcher nicht erst jetzt entstanden ist. Sie sieht daher keine Dringlichkeit gegeben, dies heute in die Tagesordnung aufzunehmen.

Frau Schubert sprach an, dass sich die Sozialstruktur in der Silberhöhe drastisch verändert hat. Inhaltlich muss der Antrag noch untersetzt werden, ansonsten sieht sie die Dringlichkeit der Aufnahme in die Tagesordnung als gegeben an.

Herr Dr. Wend rief zur Abstimmung über die Aufnahme des vorliegenden Dringlichkeitsantrages in die Tagesordnung auf.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**
1 Nein-Stimme

Die Aufnahme in die Tagesordnung erfolgte als:

TOP 6.2. gemeinsamer Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) und der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) zur Bereitstellung von Mitteln für zwei Sozialarbeiterstellen in der Silberhöhe

Vorlage: VI/2015/00576

Die geänderte Tagesordnung wurde festgestellt und bestätigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

- . Einwohnerfragestunde
- . Kinder- und Jugendsprechstunde
- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
- 2. Feststellung der Tagesordnung
- 3. Genehmigung der Niederschriften
- 3.1. Genehmigung der Niederschrift vom 04.12.2014 **vertagt**
- 3.2. Genehmigung der Niederschrift der Sondersitzung vom 18.12.2014 **vertagt**
- 4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
- 5. Beschlussvorlagen
- 5.1. Maßnahmeplan zur Umsetzung der Handlungsempfehlungen der Familienberichterstattung - Teilbericht Kinderarmut
Vorlage: VI/2014/00462
- 5.1.1 Änderungsantrag der Fraktionen MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE/Die PARTEI, SPD und CDU/FDP zur BV Maßnahmeplan zur Umsetzung der Handlungsempfehlungen der Familienberichterstattung - Teilbericht Kinderarmut (Vorlage-Nr.: VI/2014/00462)
Vorlage: VI/2015/00619
- 6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 6.1. Antrag von Herrn Uwe Kramer, stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss und Vorsitzender des UA Jugendhilfeplanung zur Beschlussfassung der Fachstandards § 11, 13, 14 und 16 SGB VIII
Vorlage: VI/2014/00500
- 6.1.1 Änderungsantrag von Frau Beate Gellert, stimmberechtigtes Mitglied der freien Träger, zum Antrag von Herrn Kramer, stimmberechtigtes Mitglied der freien Träger, zur Beschlussfassung der Fachstandards § 11, 13, 14 und 16 SGB VIII
Vorlage: VI/2015/00559
- 6.2. gemeinsamer Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) und der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) zur Bereitstellung von Mitteln für zwei Sozialarbeiterstellen in der Silberhöhe
Vorlage: VI/2015/00576

7. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
8. Mitteilungen
- 8.1. Bericht des Kinder- und Jugendrates
9. Beantwortung von mündlichen Anfragen
10. Anregungen

zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Es gab keine nicht öffentlichen Beschlüsse aus der nicht öffentlichen Sitzung vom 13.01.2015 bekannt zu geben.

zu 5 Beschlussvorlagen

zu 5.1 **Maßnahmeplan zur Umsetzung der Handlungsempfehlungen der Familienberichterstattung - Teilbericht Kinderarmut**
Bitte bringen Sie die Unterlagen aus JHA 13.01.2015 mit!
Vorlage: VI/2014/00462

zu 5.1.1 **Änderungsantrag der Fraktionen MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE/Die PARTEI, SPD und CDU/FDP zur BV Maßnahmeplan zur Umsetzung der Handlungsempfehlungen der Familienberichterstattung - Teilbericht Kinderarmut (Vorlage-Nr.: VI/2014/00462)**
Vorlage: VI/2015/00619

Frau Wolff brachte den Änderungsantrag der antragstellenden Fraktionen ein.

Herr Schachtschneider schlägt eine Einzelabstimmung zu den Beschlusspunkten analog wie im Jugendhilfeausschuss vor.

Frau Schubert fragte zum Änderungsantrag an, warum eine neue Haushaltsstelle geschaffen werden soll. In der Jugendhilfe gibt es Haushaltsstellen, dann muss dies dort zugeordnet werden. Eine Aufwertung des Halle-Passes findet sie gut. Allerdings muss jetzt und nicht erst 2016/17 eine Lösung für die Kinder dieses Personenkreises gefunden werden.

Frau Wolff antwortete zu 1., dass dies nicht nur den Bereich der Jugendhilfe sondern auch den Sozialbereich betrifft. Zum Sozialticket soll ein gemeinsamer Konsens gefunden werden.

Frau Haupt wies darauf hin, dass es eine Bürgerinitiative „Sozialticket“ gibt. Es sind wichtige Projekte, damit es in der Stadt voran geht. In Leipzig wurde damit auch

etwas bewirkt. Das wäre auch hier möglich, wenn es der politische Wille ist.

Frau Schubert sprach an, dass dies dem Kind dieses Personenkreises nichts bringt. Das Schülerticket ist gut, dieses gilt nur bis 19 Uhr. Schüler nehmen am Vereinsleben teil, welches teilweise bis nach 19 Uhr geht. Sie hält dieses Schülerticket für nicht zufriedenstellend. Es müssen für die Stadt Prioritäten gesetzt werden. Es ist gewollt, dass Familien mit ihren Kindern hier in der Stadt bleiben.

Herr Kramer wies darauf hin, dass bei Schaffung einer Haushaltsstelle zur Bekämpfung der Kinderarmut bedacht werden muss, wie die Verzahnung zur Jugendhilfeplanung aussehen kann. Das heißt, es wird ein Produkt, eine Haushaltsstelle geschaffen, außerhalb der gängigen Jugendhilfeplanung, wie soll das verzahnt werden? Wie kommt das sinnvoll zueinander. Das sollte mit bedacht werden.

Herr Dr. Wend fragte nach konstruktiven Änderungen oder Verbesserungen.

Frau Brederlow fragte zum 1. Punkt, in welchem Produkt dies gesehen wird. In welchem Ausschuss soll die Vergabe der Mittel erfolgen? Wenn es in der Jugendhilfe gesehen wird, dann gehört es in den Unterausschuss Jugendhilfeplanung und Jugendhilfeausschuss. Zum 2. Punkt wies sie auf die Problematik hin, dass die Antragstellung für die Schulsozialarbeit, ESF-Projekte gerade erfolgt. Die Thematik Schulsozialarbeit ist für Mai in den Gremien vorgesehen. Zu dem Zeitpunkt wissen wir schon, wie viel Anträge vorliegen.. Eventuell liegt die Bescheidung vom Land dann auch vor. Und dann kann gesagt werden, was wir hier tatsächlich brauchen. Zum 3. Punkt sprach sie an, dass der Halle-Pass eher ein Thema für den Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss ist, was dort intensiv diskutiert wird.

Herr Kogge sprach an, dass die Verwaltung eine Stellungnahme zu dem Änderungsantrag erarbeiten wird. Auf Grund der kurzfristigen Einreichung des Änderungsantrages war dies nicht möglich. Zur von Frau Schubert angesprochenen Thematik Schülerticket wies er auf das Schülerticket Maxi hin, dieses gilt zeitlich länger und auch am Wochenende. Er wies darauf hin, dass es keine Haushaltsstellen gibt sondern Kostenstellen und Produkte, dies muss zugeordnet werden. Die Verwaltung führt zum Sozialticket noch die letzten Abstimmungen und dann wird dies vorgelegt. Dies wurde auch mit Frau Haupt so verabredet. Er machte deutlich, dass Kinderarmut kein alleiniges Thema des Geschäftsbereiches Bildung und Soziales ist sondern die gesamte Stadtverwaltung betrifft, was sich auch in der Zuordnung im Haushaltsprodukt wiederfinden sollte.

Herr Schachtschneider sah dies ebenfalls so, dass Kinderarmut die gesamte Stadtverwaltung betrifft und nicht nur den Geschäftsbereich Bildung und Soziales. Wir müssen schauen, wo die Prioritäten gesehen werden.

Frau Wolff wies zur Haushaltsstelle hin, dass hier die Antragsteller noch schauen müssen, wo dies zugeordnet werden kann. Es gibt Sportprojekte, Kulturprojekte, Sozialprojekte usw. Deshalb soll eine extra Haushaltsstelle geschaffen werden, damit die wenigen Mittel in der Jugendhilfe, im Sportbereich und im Kulturbereich nicht angezapft werden dürfen. Das ist das Anliegen dazu gewesen. Es besteht politische Einigkeit, dass Mittel in eine extra Haushaltsstelle kommen sollen, damit diese Projekte stattfinden können. Schulsozialarbeit wurde hier rausgenommen, weil die Angst besteht, dass die Anträge, die nicht bewilligt werden oder kein Geld zur Verfügung gestellt wird, die nicht fortgesetzt werden können. Hier kann nur für das Haushaltsjahr 2015/16 gesprochen werden. Es wurden die Maßnahmen aufgeschrieben, die erstmal möglich sind.

Frau Plättner gab bei der Schulsozialarbeit zu bedenken, dass ja immer schon Entscheidungen für das übernächste Jahr getroffen werden müssen. Sie geht davon aus,

dass Mitte diesen Jahres Entscheidungen hier schon für 2016/17 getroffen werden können, da eine Weiterführung für nur ein Jahr keinen Sinn machen würde.

Herr Rommelfanger sprach an, dass im 1. Punkt von zusätzlicher Arbeit und nicht zusätzlichen Mitteln gesprochen wird. Das muss bei der zu schaffenden Haushaltsstelle mit klar sein. Es muss geschaut werden, wo diese Mittel herkommen.

Frau Wolff erläuterte nochmals, dass diese Haushaltsstelle nicht aus den Bereichen Sport, Jugendhilfe, Kultur, Soziales kommen soll, sondern es sollen zusätzliche Mittel im Rahmen der Haushaltsplanung bereitgestellt werden. Wenn dies als Beschluss durchkommt, dann muss geschaut werden, wie es umgesetzt wird.

Herr Dr. Wend verwies darauf, wer diesen Änderungsantrag alles unterschrieben hat, das macht deutlich, dass alle fünf Fraktionen in der Jugendhilfe etwas erreichen wollen. Er rief zur Einzelabstimmung dieses Änderungsantrages auf.

<u>Abstimmungsergebnis:</u>	Zum Punkt 1:	einstimmig zugestimmt
	Zum Punkt 2:	einstimmig zugestimmt
	Zum Punkt 3:	einstimmig zugestimmt
		1 Enthaltung

Geänderter Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt den anliegenden Maßnahmenplan zur Umsetzung der Handlungsempfehlungen der Familienberichterstattung – Teilbericht Kinderarmut (Anlage 1).

<u>Abstimmungsergebnis:</u>	einstimmig zugestimmt
------------------------------------	------------------------------

**zu 5.1.1 Änderungsantrag der Fraktionen MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE/Die PARTEI, SPD und CDU/FDP zur BV Maßnahmenplan zur Umsetzung der Handlungsempfehlungen der Familienberichterstattung - Teilbericht Kinderarmut (Vorlage-Nr.: VI/2014/00462)
Vorlage: VI/2015/00619**

Diskussion siehe unter TOP 5.1.

Abstimmungsergebnis zur Einzelabstimmung

Zu Punkt 1:	einstimmig zugestimmt 1 Enthaltung
Zu Punkt 2:	einstimmig zugestimmt
Zu Punkt 3:	einstimmig zugestimmt 1 Enthaltung

Beschlussvorschlag:

Der Beschlussvorschlag der Stadtverwaltung wird wie folgt geändert:

Der Stadtrat stimmt dem anliegenden Maßnahmeplan zur Umsetzung der Handlungsempfehlungen der Teilberichterstattung Kinderarmut zu und beauftragt die Stadtverwaltung, folgende zusätzliche Maßnahmen umzusetzen:

1. Schaffung und Ausstattung einer neuen Haushaltsstelle für das Jahr 2016, die die zusätzliche Arbeit zur Bekämpfung der Folgen von Kinderarmut ermöglicht,
2. Erhaltung der Schulsozialarbeit für das Jahr 2015/16 mindestens auf dem Niveau des Vorjahres
3. Bereitstellung von zusätzlichen Mitteln für die Aufwertung des Halle-Pass ab 2016; es gilt: 1. das Leistungsangebot auszubauen, 2. die Öffentlichkeitsarbeit für den Halle-Pass zu intensivieren und 3. in der längerfristigen Perspektive auf die Bereitstellung eines Sozialtickets hinzuarbeiten

zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 6.1 Antrag von Herrn Uwe Kramer, stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss und Vorsitzender des UA Jugendhilfeplanung zur Beschlussfassung der Fachstandards § 11, 13, 14 und 16 SGB VIII Vorlage: VI/2014/00500

Herr Deckert erläuterte anhand einer Präsentation die Fachstandards. Diese Präsentation wurde zur Sitzung im Session hinterlegt.

Frau Gellert sprach an, dass sie ihren Änderungsantrag zurückzieht, wenn die Zusage erfolgt, dass eine konkrete Aufschlüsselung/Untersetzung der Indikatoren erfolgt. Die Indikatoren müssen im Bereich Jugendhilfeplanung konkreter erarbeitet werden. Sozialdaten, Besucherzahlen, Räume etc. müssen hierbei stärker berücksichtigt werden, dies liegt der Verwaltung alles vor.

Frau Brederlow antwortete, dass die Indikatoren nochmals angesehen werden, dies wird sie als Auftrag mit in den Unterausschuss mitnehmen. Bezüglich der Raumplanung gibt es auch bei den Trägern Pro und Contra.

Frau Gellert sprach an, dass bei Umbrüchen in der Jugendhilfe auch die alten Dinge evaluiert werden. Es macht Sinn, Altes zu betrachten und das Positive mit zu nehmen und das Negative wegfällen zu lassen und gute andere Dinge zu entwickeln. Auf Grund der Zusage zog sie ihren Änderungsantrag zurück.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**
1 Enthaltung

Beschlussvorschlag:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt die Fachstandards für die Leistungen nach §11, 13, 14 und 16 des SGB VIII in der Stadt Halle (Saale).

**zu 6.1.1 Änderungsantrag von Frau Beate Gellert, stimmberechtigtes Mitglied der freien Träger, zum Antrag von Herrn Kramer, stimmberechtigtes Mitglied der freien Träger, zur Beschlussfassung der Fachstandards § 11, 13, 14 und 16 SGB VIII
Vorlage: VI/2015/00559**

Diskussion siehe unter dem TOP 6.1.

Abstimmungsergebnis: zurück gezogen

Beschlussvorschlag:

Im Rahmen der vorgestellten Fachstandards im § 11 SGB VIII im Punkt 4.3 Rahmenbedingungen - Unterpunkt 4.3.1 Struktur - sollen folgende Standards festgeschrieben werden:

Einrichtungen der sozialräumlichen, offenen Jugendarbeit sollen in der Regel 5 Stunden pro Öffnungstag an 4-6 Tagen pro Woche vorgehalten werden, wobei mindestens ein Öffnungstag am Wochenende zu liegen hat.

Kein Angebot an festen Standorten ist mit weniger als 1 VZS zu betreiben.

Je nach Indikatorenmessgrößen, soll die Personalausstattung um mindestens 0,75 VZS erhöht werden.

**6.2 gemeinsamer Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) und der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) zur Bereitstellung von Mitteln für zwei Sozialarbeiterstellen in der Silberhöhe
Vorlage: VI/2015/00576**

Herr Dr. Wend brachte als Vertreter der SPD-Fraktion den Dringlichkeitsantrag ein und erläuterte diesen. Er ging dabei auf die Situation der zugezogenen rumänischen Familien mit ihren Kindern in der Silberhöhe ein und machte deutlich, dass dringend eine Integration erfolgen muss. Es werden dort dringend Sozialarbeiter benötigt, welche für die Kinder und Jugendlichen vor Ort da sind. Diese Kinder und Jugendlichen suchen den Deutschen Kinderschutzbund (DKSB) auf, wo sich die Mitarbeiter um diese sehr bemühen, die Situation sich dennoch schwierig gestaltet, auch weil die rumänische Sprache nicht beherrscht wird und sehr viele Personen die Einrichtung aufsuchen.

Frau Haupt, als Vertreterin der mit antragstellenden Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI, schloss sich ihrem Vorredner an. Sie ging auf die aktuelle Situation in der Einrichtung des DKSB kurz ein. Hier muss dringend eine Unterstützung herbeigeführt werden. Die Problemfelder sind mit dem im „Blauen Elefanten“ vorhandenem Personal nicht zu bewältigen. Es ist dringender Handlungsbedarf gegeben, deswegen wurde der Antrag jetzt auch schnell gebracht, damit schnell eine Entscheidung getroffen wird.

Frau Raab teilte nur umfänglich die Meinung ihrer Vorredner. Hier soll ein Träger zwei zusätzliche Stellen erhalten. Hier sollte geschaut werden, wie es anders laufen kann. Eventuell kann ein rumänisch sprechender Mediator/Sprachmittler zur Konfliktlösung beitragen, wofür Honorarmittel benötigt werden. Sie warnt vor Schnellschüssen. Erst sollte ein Konzept zum Gesamtkonzept in der Silberhöhe vorgelegt werden. Klar ist, dass auf der Silberhöhe hier etwas gemacht werden muss. Was sollen die Sozialarbeiter dort machen, was soll stattfinden? Sie bat um Zurückstellung des Antrages oder diesen abzulehnen oder einen Auftrag daraus zu machen. Es muss etwas Wirkungsvolles erarbeitet werden, auch mit klarer Aufgabenstellung.

Frau Wolff unterstützte das Anliegen von Frau Raab in deren Ansinnen, das fachspezifisch und in einem Gesamtkonzept darüber geredet werden muss. Hier müsste Deutschunterricht angeboten werden. Wie sollen die Sprachprobleme überwunden werden? Welche Qualifikationen sollen die Sozialarbeiter haben?

Frau Brederlow antwortete, dass nach Bekanntwerden dieses Antrages die Verwaltung gleich aktiv geworden ist. Gegenwärtig sind beim DKSB 30 rumänische Kinder. Im Blauen Elefanten sind nicht nur rumänische Kinder, diese fallen aktuell nur auf. Die Verwaltung hat sich zu dem Antrag auch abgestimmt, auch wenn noch keine schriftliche Stellungnahme hierzu vorgelegt wurde, stimmt aber der Intention der Antragsteller zu. Sie stimmte dem Anliegen von Frau Raab zu, dass dies inhaltlich gefüllt werden muss. Die zusätzlichen Mittel müssen hierfür auch da sein, was in der Entscheidung des Stadtrates liegt. Erst wenn die finanziellen Mittel dafür da sind, können diese konkret verteilt werden. Die Verwaltung schlägt vor, dass eine Stelle davon im DKSB sein sollte. Sie betonte, dass es hierbei nicht um die Betreuung der ausländischen Kinder sondern um Integration an der Stelle geht. Aktuelle Entwicklungen zeigen die Notwendigkeit an dieser Stelle. Die mobile Jugendarbeit könnte auch mit einer Stelle aufgewertet werden oder es muss geschaut werden, ob städtische Streetworker dorthin abgezogen werden können. Es muss auch beobachtet werden, wie sich die Entwicklung im Robinienweg gestaltet. Es ist noch unklar, ob die Kinder und Jugendlichen aus dem Robinienweg den Weg in die Silberhöhe finden. Die Frage zu den beiden Sozialarbeiterstellen stellt sich, wie diese aussehen sollen. Wir sollten auch perspektivisch auf andere Stadtteile vorbereitet sein, wo ähnliche Entwicklungen sind. Die Stadtmitte muss hier auch angeschaut werden, wo neue Bedarfe entstehen, die dann nicht gedeckt werden können. Der Jugendhilfeausschuss kann erst dann die Mittel verteilen, die ihm zur Verfügung gestellt werden.

Herr Dr. Wend sprach an, dass er den Antrag überarbeitet hat und legte die Änderungen den Mitgliedern vor.

Frau Haupt sprach an, dass dies zwischen ihnen beredet wurde und wies darauf hin, dass diese Änderungen jetzt übernommen werden und dies also dann der gemeinsame Antrag ihrer beiden Fraktionen ist.

Frau Plättner unterstützte das Anliegen der Antragsteller, wies aber darauf hin, dass noch untersetzt werden muss, wie die Anforderungen an die Mitarbeiter aussehen sollen, diese müssen über eine interkulturelle Kompetenz verfügen. Sie regte an, dass die Entwicklung betrachtet werden muss und man sich vor Ort die Situation anschauen sollte.

Frau Gellert unterstützte diesen Antrag. Sie warnte vor einer Stigmatisierung. Sie wies darauf hin, dass die Familien auch nicht so lange in den Gemeinschaftsunterkünften sein werden. Sie werden auf die einzelnen Sozialräume verteilt oder suchen sich selbst Wohnungen. Sie werden dann in unterschiedlichen Sozialräumen ansässig. Dann muss auch über darüber nachgedacht werden, Sozialarbeiter für spezielle Gruppen zur Integration

einzubinden. Sie möchte eine Gleichbehandlung in den Sozialräumen und in den Problemlagen.

Herr Schachtschneider drängte auf eine schnelle Entscheidung, da zu vieles Reden die Situation nicht entschärft. Er fragte, ob die 80.000 Euro für den mobilen Einsatz ausreichend wären?

Frau Brederlow bejahte dies und wies darauf hin, dass bereits Monat Februar ist.

Herr Kogge bekräftigte die inhaltlichen Aussagen von Frau Brederlow. Er ging kurz auf die derzeitige Situation in der Silberhöhe ein. Es wurde in der Stadt Halle (Saale) geschafft, Konflikte in größerer Form zu verhindern, was auch ein Erfolg von Frau Schneutzer ist. Frau Brederlow hat vorgeschlagen, wie die Verwaltung weiter vorgehen würde. Im nächsten Unterausschuss Jugendhilfeplanung kann das besprochen werden. Der finanzielle Rahmen muss im Stadtrat geklärt werden.

Frau Wolff unterstützte das Anliegen zu den beiden Sozialarbeiterstellen, jedoch muss klar gesagt werden, was diese leisten sollen. In dem Antrag steht, Silberhöhe einschließlich Robinienweg. Der Vermieter des Robinienweges soll nicht entlastet werden, dieser sollte Sozialarbeiter dort einstellen. Die Stadt kann das nicht leisten. Es müssen fachlich ausgebildete Sozialarbeiter mit rumänischen Sprachkenntnissen sein, die hier eingestellt werden sollen.

Frau Schubert bekräftigte die Dringlichkeit des Anliegens, ihr fehlte die inhaltliche Aussage zu den fehlenden Mitteln dafür. Ein inhaltliches Konzept muss nachgereicht werden und in einem Jahr sollte dazu ein Bericht erfolgen. Entwicklungen ändern sich.

Frau Schneutzer sprach an, dass sich die Zuwanderung ändert. Sie empfahl, hier nicht von der Silberhöhe sondern vom Sozialraum II zu sprechen, da sich in diesem Sozialraum etwas ändern wird. Sie wies darauf hin, dass sich diese Menschen ihre Wohnungen selbst suchen, was durchaus auch in einem anderen Stadtteil dann sein könnte.

Frau Haupt unterstützte Frau Schneutzer in deren Aussagen. Der Vorschlag würde im Antrag entsprechend eingearbeitet werden.

Frau Brederlow unterbreitete den Vorschlag, dass sich der Unterausschuss Jugendhilfeplanung mit der fachlichen Zuordnung dieser Stellen beschäftigen sollte. Dieser kann den Jugendhilfeausschuss dann informieren. Es sollte nicht bei der Verwaltung belassen werden.

Frau Schneutzer bekräftigte ebenfalls, dass die fachlichen Standards im Unterausschuss Jugendhilfeplanung diskutiert werden sollten.

Herr Kramer, als Vorsitzender des Unterausschusses Jugendhilfeplanung, sprach an, dass die nächste Sitzung des Unterausschusses Jugendhilfeplanung bereits am 17. Februar 2015 stattfindet und dieser Auftrag dann nur als Dringlichkeit in die Tagesordnung aufgenommen werden kann.

Frau Plättner regte an, dass Vertreter aus dem DKSB in die Sitzung des Unterausschusses Jugendhilfeplanung eingeladen werden sollten, um dort von der aktuellen Situation zu informieren.

Herr Rommelfanger fragte an, inwieweit die Thematik „Zuwanderung“ bereits in der nächsten Sitzung auf die Tagesordnung kommen könnte, dies ist erst für Mai angedacht.

Frau Schneutzer antwortete, dass sie gegenwärtig nur teilweises Datenmaterial vorliegen hat und hierzu erst berichten würde, wenn ihr das vollständige Datenmaterial vorliegt.

Es bestand Einigkeit darüber, den Beschlussvorschlag um den Punkt 3 zu erweitern, welchen **Dr. Wend** auf Grund der vorangegangenen Diskussion formulierte:
„ 3. Eine fachliche Untersetzung und Zuwendung dieser Stellen erfolgt im Unterausschuss Jugendhilfeplanung am 17.02.2015.“
Er rief zur Abstimmung des geänderten Beschlussvorschlages auf.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

Geänderter Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt:

1. Es werden zusätzliche Haushaltsmittel für die Einrichtung von 2 Sozialarbeiterstellen im Sozialraum II zur Verfügung gestellt.
2. Diese finanziellen Mittel werden für die Einrichtung von 2 Stellen in der Jugendarbeit eingesetzt. Inhaltlicher Schwerpunkt ihrer Arbeit ist die Integration von Flüchtlingen und EU-Bürgern in bestehende Strukturen. Dabei soll mit den vorhandenen Einrichtungen eng zusammengearbeitet werden.
3. **Eine fachliche Untersetzung und Zuwendung dieser Stellen erfolgt im Unterausschuss Jugendhilfeplanung am 17.02.2015.**

Herr Dr. Wend sagte eine Pause von 15 min. an.
Pause von 18.33 – 18.46 Uhr

zu 7 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine schriftlichen Anfragen von Fraktionen und Stadträten vor.

zu 8 Mitteilungen

zu 8.1 Bericht des Kinder- und Jugendrates

Herr Dr. Wend sprach an, dass der Bericht des Kinder- und Jugendrates zur letzten Sitzung vorgelegen hat und die Vertreter des Kinder- und Jugendrates für Fragen zur Verfügung stehen.

Frau Haupt fragte an, ob es einen aktuellen Stand zu den Spielplätzen gibt. Hier testete der Kinder- und Jugendrat immer. Gibt es dazu neue Absprachen?

Herr Klose vom Kinder- und Jugendrat antwortete, dass der letzte Spielplatztest in Neustadt, Heide-Süd und Heide-Nord stattgefunden hatte. Übergreifend wurden keine Daten erhoben. Im nächsten Jahr soll dies wohl wieder in Angriff genommen werden. In die Arbeit mit dem Grünflächenamt sind sie gut mit eingebunden. Die beiden Bolzplätze, die der Kinder- und Jugendrat damals angeschoben hat, sind jetzt renoviert und bespielbar.

Frau Gellert fragte an, ob sich der Kinder- und Jugendrat intensiver in den Sozialraumgruppen mit einbinden kann. Die Sitzungen sind nur 3 – 4 Mal jährlich, so dass sich der Umfang in Grenzen hält. Da könnte der Kinder- und Jugendrat seine Sichtweise zu den Bedarfen und den Wünschen in den Sozialräumen mit einbringen.

Herr Klose antwortete, dass die Einbeziehung des Kinder- und Jugendrates in den Sozialraumgruppen schon mal angedacht war. Er nimmt das mit in den Vorstand, um Mitglieder zu animieren, daran teilzunehmen.

Frau Brederlow antwortete, dass der Kinder- und Jugendrat sehr zielgerichtet arbeitet und diese in ihrer Freizeit allerhand da machen. Der Stadtschülerrat war das letzte Mal mit hier. Die Zusammenarbeit zwischen dem Kinder- und Jugendrat hat sich intensiviert. Dazu steht auch in dem Bericht des Kinder- und Jugendrates etwas mit drin. Sie fragte, ob es hierzu bereits Planungen gibt.

Herr Klose antwortete, dass es konkrete Planungen für die Zusammenarbeit gibt. Der Stadtschülerrat soll in die Projekte des Kinder- und Jugendrates mit eingebunden werden, bspw. zu Projektwerkstätten. Es soll auch eine bessere Vernetzung erfolgen. Ein Mitglied des Kinder- und Jugendrates ist auch im Stadtschülerrat mit drin.

Herr Dr. Wend fragte zu dem im Bericht erwähnten Teil „URBAN aktiv“. Gibt es große Probleme, wenn irgendwo hingefahren werden soll, wie ist die Mittelsituation?

Herr Klose antwortete, dass über das Ministerium eine Förderung hierfür erfolgt, so dass es keine Probleme da gibt. Probleme gibt es eher bei den Projekten, die sich der Kinder- und Jugendrat vorgenommen hatte und nichts werden. Bspw. war das „Stadtteilcafe“ geplant war. Das ist mit der vorhandenen Zeit und mit den zur Verfügung stehenden Mitteln so nicht zu stemmen. Das wurde runter gebrochen, nicht mehr als Cafe sondern als Raum für die Nutzung anderer Projekte, die sie selbst durchführen würden.

Weitere Mitteilungen:

Frau Brederlow sprach an, dass der Themenspeicher den Mitgliedern vorliegt. Sie fragte, ob es Ergänzungen oder Anregungen dazu gibt.

Frau Gellert regte an, Vertreterinnen des Frauenschutzhouses über deren Arbeit berichten zu lassen.

Die Verwaltung nahm die Anregung auf.

Frau Schneutzer sprach an, dass sie das ihr zur Verfügung stehende Datenmaterial (Gesamtsituation in Halle; Staatsangehörigkeiten in den Sozialräumen) zur Thematik „Zuwanderung“ den Mitgliedern bis zur nächsten Sitzung zur Verfügung stellen würde und sobald ihr das Material vollständig zur Verfügung steht dazu kurz zu informieren.

zu 9 Beantwortung von mündlichen Anfragen

Frau Gellert fragte aus der Interessengemeinschaft Kita heraus an, wie der Stand zu den LQE-Verhandlungen ist. Wie viele Träger haben ihre Kindertageseinrichtung erfolgreich verhandelt? Gibt es ein einheitliches Verfahren bei den Verhandlungen, da hier unterschiedlich verfahren worden ist?

Frau Brederlow antwortete, dass bisher acht Träger abgeschlossen haben. Es gibt ein einheitliches Verfahren bei diesen Verhandlungen, zuerst wird über die Leistung und deren Qualität verhandelt und dann über das Entgelt. Auf Grund von einem 100%igem Krankenstand in dem Team Fachberatung, deshalb wurde in einige Verhandlungen unterschiedlich hinein gegangen. Das ist aus der Not heraus entstanden. Ansonsten wird zuerst über die Leistung, die Qualität und erst dann das Entgelt verhandelt.

Herr Schachtschneider sprach an, dass jetzt aktuell in Leipzig 3 Familien Schadensersatz zugesprochen wurde, weil für deren Kinder keine Betreuung abgesichert werden konnte. Gibt es ähnliche Fälle auch in der Stadt Halle (Saale)? Ist es wahrscheinlich, dass hier auch solch ein Fall auftreten kann?

Frau Brederlow antwortete, dass es in Halle (Saale) keine Klagen gibt und keine Fälle, die nicht versorgt werden können. Es gibt aber Familien, die längere Zeit oder Wege haben, um eine Kita zu finden. Sie verwies auf die unterschiedliche Gesetzgebung hierbei im Land Sachsen und Sachsen-Anhalt. In Sachsen gibt es die Möglichkeit, dass der örtliche Träger die Suche koordiniert machen kann, in Halle (Saale) müssen die Eltern sich selbst kümmern. In Leipzig war das Kita-Portal auch nicht erfolgreich, die Online-Form ist nicht ausreichend, um schnell einen geeigneten Platz zu finden. Wenn wir mit dem Kita-Ausbau nicht so vorwärts kommen sollten, wie es geplant ist, sind wir früher oder später auch an der Stelle, dass wir nicht mehr versorgen können. Aktuell noch nicht. Träger können über eine Ausnahmegenehmigung bei einem erhöhten Platzaufkommen Plätze anbieten. Es ist schwierig, einen Platz zu finden, der den Lebensbedingungen der Familien entspricht. Bisher gibt es zu Leipzig nur die Pressemitteilung, das Urteil liegt hier dazu noch nicht vor.

Frau Wolff fragte, ob die Kinder der neuen EU-Bürger in die Kita gehen.

Frau Schneutzer antwortete, dass sie darüber keine Zahlen hat. Sie wies darauf hin, dass es Kulturgruppen gibt, bspw. Rumänien, da gehen die Kinder eher nicht in eine Kita. Was nicht heißt, dass dies generell da so ist, aber eher nicht.

zu 10 Anregungen

Herr Dr. Wend regte an, zukünftig die Niederschriften dieser Sitzungen verkürzt zu verfassen. Hier sollten die Ergebnisse, Festlegungen und wesentliche Diskussionspunkte zusammengefasst werden. Niederschriften über –zig Seiten hält er für nicht effektiv. Die Mitglieder arbeiten ehrenamtlich, oftmals in mehreren Ausschüssen und Protokolle von 30,40 Seiten oder wie das zu erwartende Wortprotokoll von über 80 Seiten sind kontraproduktiv auch für die Protokollführung. Im Unterausschuss Jugendhilfeplanung wird das bereits umgesetzt. Er empfahl dies jetzt in der Praxis zu erproben.

Herr Schachtschneider fragte, ob dass der Ausschuss selbst festlegen kann. Der Oberbürgermeister hat das Team Protokoll umstrukturiert, so dass in den Ausschüssen jetzt andere Personen sind, außer hier. Haben wir die Hoheit dafür, dies entscheiden zu können.

Herr Dr. Wend erteilte dazu der Protokollführerin kurz das Wort.

Frau Rylke sprach an, dass es unabhängig von der Anregung von Herrn Dr. Wend hierzu auch eine verwaltungsinterne Festlegung gibt. Aus dieser geht hervor, dass ab sofort die Niederschriften der Ausschüsse die wesentlichen Inhalte der Sitzung wiedergeben sollen, d.h. bspw. Diskussionsverläufe mit den beteiligten Personen. Anfragen und Antworten, Festlegungen und Beschlüsse erscheinen nach wie vor.

Herr Kogge wies darauf hin, dass in der Hauptsatzung bestimmte Teile zu einer Niederschriftserstellung erfasst sind, was in dieser enthalten sein muss.. Die Mitglieder selbst können über die Form und Länge der Niederschrift bestimmen. Er benannte die Vorteile einer kürzeren Niederschrift für die Mitglieder. Er bat darum, die Anregung von Herrn Dr. Wend wohlwollend zu prüfen, da diese verkürzte Niederschrift zeitgewinnend für die Mitglieder als auch die Protokollführerin ist.

Dr. Wend bat darum, seine Anregung wohlwollend zu prüfen und aufzunehmen.

Frau Wolff unterstützte die Anregung von Herrn Dr. Wend. Die Zusammenfassung von Diskussionen wurde inhaltlich teilweise schon in Niederschriften erfasst und sie hält dies für ausreichend. Nur in verlangten Wortprotokollen sind diese Niederschriften entsprechend länger, da der Wortlaut erfasst werden muss.

Herr Kogge regte an, den Sitzungsbeginn im Dezember 2015 zu verschieben. Herr Dr. Wend hat darum gebeten, weil im Dezember die Sitzung an einem Dienstag stattfindet und dieser zum Sitzungsbeginn 17 Uhr noch seiner Berufstätigkeit nachgeht und evtl. auch andere Sitzungsmitglieder an diesem Dienstag nicht teilnehmen können.

Herr Dr. Wend sprach dazu an, dass seine Praxis bis 18 Uhr geöffnet ist und er darum bittet, dass diese Sitzung erst um 18.30 Uhr beginnt. Er würde als Ausschussvorsitzender auch gern diese Sitzung leiten und bat um Verständnis für diese Situation. Er bat die Mitglieder bis zur nächsten Sitzung darüber nachzudenken, damit dies dann abschließend festgelegt werden kann. Ansonsten müsste er dies mit seiner Stellvertreterin besprechen.

Die öffentliche Sitzung wurde um 19.07 Uhr beendet.

Tobias Kogge
Beigeordneter

Dr. med. Detlef Wend
Ausschussvorsitzender

Uta Rylke
Protokollführer/in